



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 39
29.09.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 32 %, SPD bei 21 %
----------------	--

Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land positiv Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Rentenpolitik
-------------------------	-----------------------------------

Wichtigstes Thema:	Bundestagswahl, Wahlkampf
--------------------	---------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen für ZDF
CDU/CSU	33	32
SPD	21	21
FDP	11	10
DIE LINKE	10	10
B'90/Grüne	10	11
AfD	12	12
Sonstige	3	4
Erhebungszeitraum	25.-27.09.	26.-28.09.

Die Union liegt bei Emnid 12 und bei FG Wahlen 11 Prozentpunkte vor der SPD.

Da unmittelbar vor Erhebung dieser Sonntagsfragen die Bundestagswahl stattgefunden hat, ist es nicht sinnvoll, Veränderungen zur letzten Vorwählerhebung anzugeben.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (01.10.2017)

Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	51	(-)
eher in die falsche Richtung	38	(-)
Erhebungszeitraum	18.-22.09.	

Unter 45-Jährige (56 %) sowie Anhänger der Union (74 %), der FDP (64 %) und der Grünen (62 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Personen mit einfacher formaler Bildung (48 %), Ostdeutsche (45 %) und 45- bis 59-Jährige (44 %) sowie für Anhänger der AfD (87 %) und der Linkspartei (65 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden		weniger bzw. gar nicht zufrieden	
mit der Lebensqualität in Deutschland	87	(-)	13	(+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	67	(-)	27	(-)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	(-)	50	(-)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	(+3)	50	(-3)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	37	(+1)	57	(-2)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	37	(-2)	59	(+1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	33	(-1)	64	(+3)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	33	(-)	65	(-)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	28	(-3)	70	(+3)
Erhebungszeitraum	18.-22.09.			

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (67 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (72 %), der Linkspartei (57 %), der SPD (55 %) und der Union (53 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (60 % zu 34 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (56 % zu 27 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (57 % zu 43 %). Ostdeutsche (61 %) und Anhänger der AfD (87 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (65 %) und über 45-Jährige (64 %) sowie Anhänger der AfD (79 %), der Linkspartei (78 %) und der Grünen (70 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem.

Anhänger der AfD (89 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern.

30- bis 59-Jährige (77 %) sowie Anhänger der AfD (85 %) und der Linkspartei (82 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

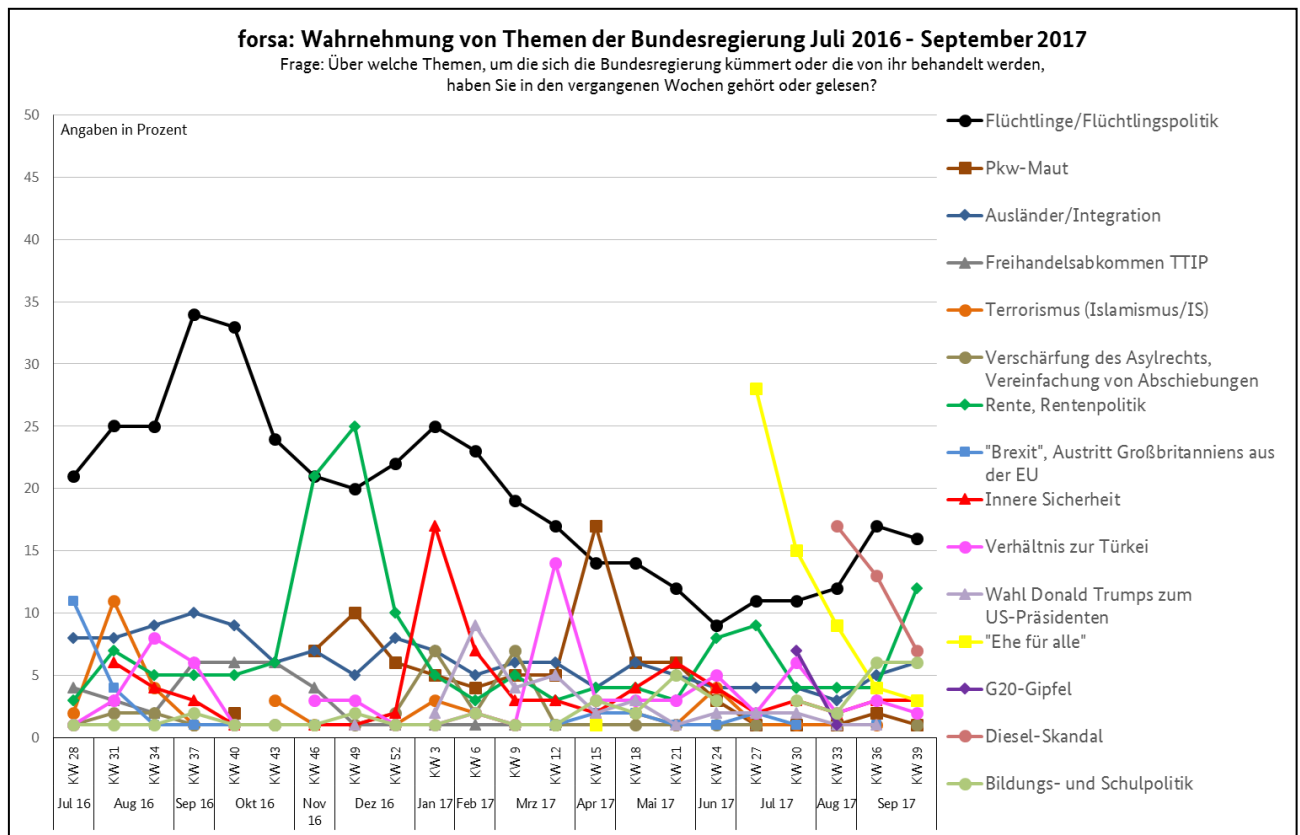
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	16 (-1)
Rente, Rentenpolitik	12 (+8)
Diesel-Skandal	7 (-6)
Ausländer/Integration	6 (+1)
Bildungs- und Schulpolitik	6 (-)
Erhebungszeitraum	18.-22.09.

Die Flüchtlings- und die Rentenpolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der SPD (21 %) genannt. Unter 30-Jährige nennen das Thema häufiger als über 60-Jährige (22 % zu 12 %). Ostdeutsche (10 %) und Geringverdiener (11 %) sowie Anhänger der AfD (10 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.

Die Rentenpolitik wird besonders häufig von Anhängern der SPD (19 %) genannt. 30- bis 44-Jährige (7 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.



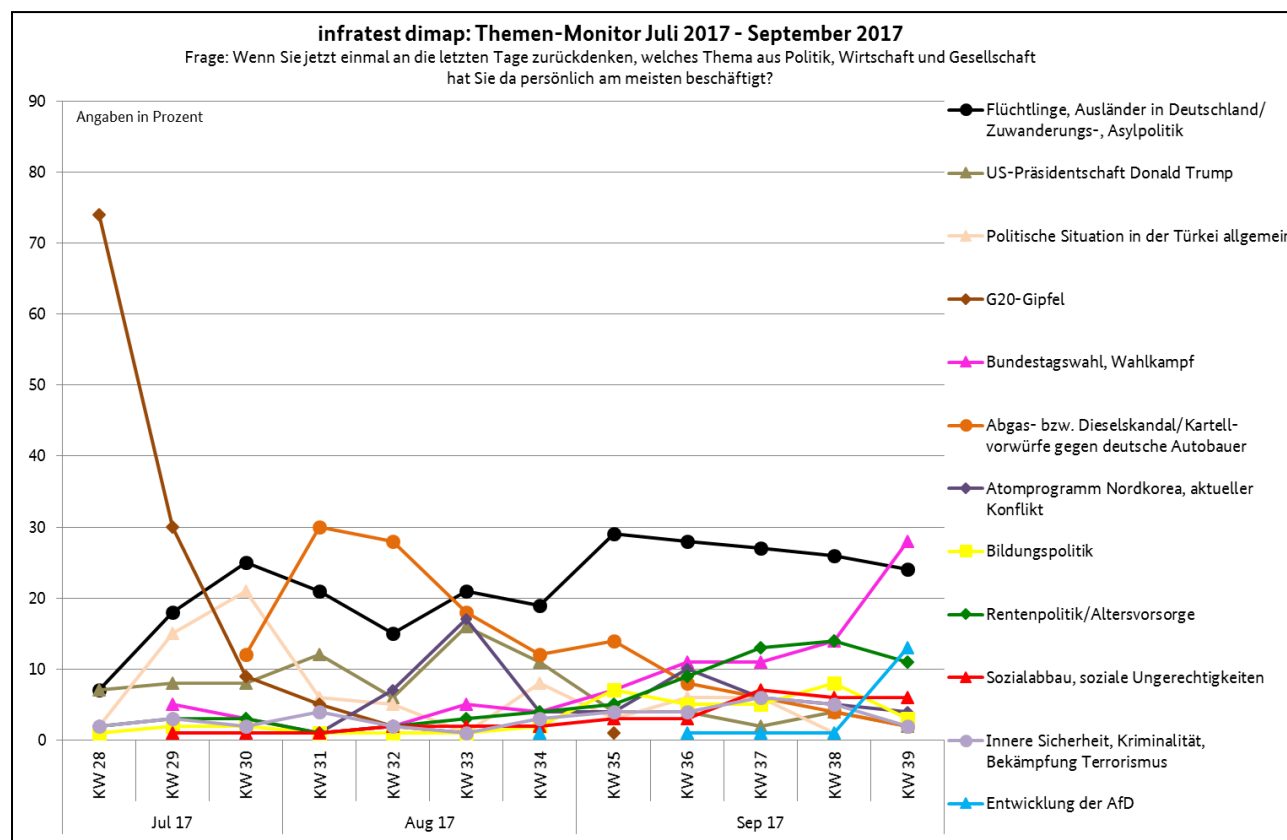
Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Bundestagswahl, Wahlkampf	28 (+14)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik ²	24 (-2)
Entwicklung der AfD	13 (+12)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	11 (-3)
Sozialabbau, soziale Ungerechtigkeiten	6 (-)
Erhebungszeitraum	26.-27.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Bundestagswahl. Überdurchschnittlich häufig sehen unter 35-Jährige (38 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (31 % zu 20 %).

50- bis 64-Jährige (30 %), Ostdeutsche und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 29 %) sowie Anhänger der AfD (44 %) und der Union (32 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (30 % zu 18 %). Unter 35-Jährige (16 %) sowie Anhänger der Grünen (12 %) und der Linkspartei (16 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.



² Die Themen "Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik" und "Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik" werden ab KW 39/2017 zum Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik" zusammengefasst.